Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 46 (1952)

Heft: 5

Artikel: Weltrundschau : Krieg und Frieden in Ostasien... ; ...und in Europa ; Russischer Angriffswille? ; Die wirkliche Gefahr ; Wahnsinn mit Methode ; Was soll geschehen? ; Utopie? ; Europas Elend ; Widerstand und Frieden

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139647

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der «Schweizerische Kongreß für die Verteidigung des Friedens» wird wie alle Friedensorganisationen durch seine Arbeit beweisen müssen, ob er im Gegensatz zu der vom «Schweizerischen Friedensrat» angeführten Beschuldigung unabhängig und ehrlich für die Sache des Friedens zu kämpfen weiß.

Die «Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz» sieht in der vom «Schweizerischen Friedensrat» vollzogenen Distanzierung keinen Weg zu wirklicher Unabhängigkeit, die sie immer vertreten hat. Deshalb wird sie über alle Lager hinweg für die Sache des Friedens kämpfen.

Zu einem Volksbegehren

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz unterstützt das von der Sozialistischen Arbeiterkonferenz in Angriff genommene Volksbegehren für ein Gesetz zum Schutze der Arbeiter und Angestellten durch Sicherung existenzminimaler Lohn- und Gehaltsansätze, empfiehlt ihren Mitgliedern, vor allem im Kanton Zürich, dessen Beachtung und ist, unter Wahrung der gegenseitigen Unabhängigkeit, durch einen Delegierten beim Initiativkomitee für die Durchführung dieses Volksbegehrens vertreten.

Die Religiös-soziale Vereinigung begrüßt solche Versuche, die im Dienste des Sozialismus einen Beitrag zu seiner Erneuerung und Verwirklichung leisten und damit auf kritische Selbstbesinnung innerhalb der sozialistischen Gesamtbewegung hinweisen.

WELTRUNDSCHAU

Krieg und Frieden in Ostasien . . . Trotz allem Propagandalärm um den angeblichen Bakterienkrieg der Amerikaner gegen Nordkorea und China, trotz einem gewissen amerikanischen Drängen auf Beschießung und Blockierung chinesischer Küstenstädte auch glauben wir nach wie vor, daß alle Vernunftgründe für einen endgültigen *Waffenstillstand in Korea sprechen*[1]. So

[1] Ich rede weiterhin von einem *angeblichen* Bakterienkrieg. Denn — daß die Amerikaner *wirklich* den Bakterienkrieg eröffnet hätten, dafür liegen keinerlei überzeugende Beweise vor. Man kann höchstens von einer ersten *Ausprobierung* des Bakterienkriegs reden. Professor Brun, der angesehene Zürcher Insektenforscher, hat denn auch öffentlich erklärt, die Art und Weise, wie nach koreanisch-chinesischen Berichten von den Amerikanern experimentiert worden sei, entspreche vollständig den Grundsätzen und

wie die Nordkoreaner und Chinesen nicht hoffen können, die Amerikaner und ihre Hilfsvölker mit Gewalt aus Korea zu vertreiben, so wird es auch für die Amerikaner mit jedem Tag aussichtsloser, den kommunistischen Nordstaat von Korea zu zerstören und das neue China auf die Knie zu zwingen. Eine militärische Entscheidung gegen die soziale Revolution in Ostasien herbeizuführen, erscheint allen Mac Arthurs und McCarthys zum Trotz völlig utopisch; der Versuch dazu könnte nur vollends ganz Asien gegen die Vereinigten Staaten und die Westmächte überhaupt aufbringen und dem Kommunismus in der ganzen Welt neues Ansehen und neue Macht verschaffen. Der Zwang zu einem militärischen Kompromiß in Korea ist offenkundig übermächtig, und es sieht denn auch gerade jetzt danach aus, als könnten die endlosen Verhandlungen in Panmunjom doch zu einem für beide Teile annehmbaren Abschluß geführt werden.

Was aber dann? Das amerikanische Eingreifen in den Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution in Korea hat so viele Fragen aufgeworfen, daß überhaupt noch nicht abzusehen ist, wie sie auch nur einigermaßen befriedigend sollen gelöst werden können. Im Vordergrund stehen natürlich das künftige Regime in Südkorea, das Verhältnis Tschiang Kai-sheks und seiner Formosaregierung zur Chinesischen Volksrepublik sowie die Vertretung Chinas in der UNO; aber dahinter erhebt sich das ganze Problem der amerikanischen Ostasien- und Pazifikpolitik, eingeschlossen die Zukunft Japans und der westmächtlichen Kolonialherrschaft in Südostasien. Wie Scott Nearing («World Events», Winter 1952) zutreffend bemerkt:

«Washingtons strategisches Hauptziel ist die Beherrschung des Pazifikraumes samt der Inselkette von den Aleuten bis zu den Marianen, in der Formosa ein wesentliches Glied darstellt. Dieses ganze Inselsystem, das eine Verteidigungslinie für Washingtons ‚Friedlichen Ozean' bildet, liefert Bomberstützpunkte, welche jeden bedeutenden Hafen auf dem asiatischen Festland von Wladiwostok bis Singapur mit Zerstörung bedrohen. Weder China noch die Sowjetunion kann diese amerikanische Pazifikpolitik annehmen, weil beide unter der täglichen Drohung einer Atomisierung durch amerikanische Bomber stehen. Solange die ‚Inselkette' unter der Herrschaft Washingtons bleibt und von USA-Streitkräften besetzt ist, können China und die Sowjetunion kein eigenes Leben führen. Entweder muß die ‚Inselkette' — die geographisch zu Asien gehört — einen Teil von Asiens Verteidigung bilden oder sie muß entmilitarisiert und der ganze Pazifikraum unter internationale Aufsicht gestellt werden.»

. . . und in Europa «Das gleiche», so fährt Scott Nearing fort, «gilt für den Atlantik, das Mittelmeer oder sonst ein Seebecken, das zwischen Produktions- und Bevölkerungszentren drin

---

Methoden, die für einen «wissenschaftlich» geführten Bakterienkrieg maßgebend sein müßten. Selbstverständlich ist, daß die Amerikaner keinerlei *moralische* Hemmungen haben, auch einen Bakterienkrieg zu entfesseln. Die Atombomben, die sie bedenkenlos gegen Japan eingesetzt haben, und die Napalm-Grausamkeiten, die sie in Korea begehen, zeugen zu laut für die grundsätzliche Unmenschlichkeit ihrer Kriegführung.

liegt. Solange amerikanische Flotten im Atlantik, im Mittelmeer und im Pazifik patrouillieren und Europa, Nordafrika, der Nahe Osten und die pazifische ‚Inselkette' mit amerikanischen Bomberstützpunkten übersät sind, kann es keine vernünftige Hoffnung auf eine friedliche Welt geben, sofern nicht die 94 Prozent der Menschheit, die außerhalb der Vereinigten Staaten leben, bereit sind, jeden Tag damit zu beginnen, daß sie ihr Gesicht nach Washington hin kehren, das Haupt beugen und einstimmig wiederholen: Dein Wille geschehe!»

Die Amerikaner und ihnen nach die große Mehrheit der Westeuropäer erwidern auf solche Feststellungen natürlich mit Entrüstung, nicht die Vereinigten Staaten seien es, welche die Welt unter Druck hielten, sondern die Sowjetunion und neuerdings China, überhaupt die kommunistische Bewegung, die alle «freien» Völker mit Eroberung bedrohe und die Menschheit nicht zu Frieden und Gedeihen kommen lasse. Es sei darum nötig, der ständig mit Krieg drohenden Macht der kommunistischen Staaten eine überlegene Militärmacht der vereinigten Demokratien entgegenzustellen und insbesondere die Sowjetunion, statt sich in nutzlose Verhandlungen mit ihr einzulassen, zu zwingen, die Bedingungen der Westmächte für die Aufrichtung einer wahren Friedensordnung anzunehmen – wenn möglich einfach durch Einsatz des voll entwickelten militärischen Schwergewichts der «freien Welt», wenn nötig aber auch durch offenen Krieg, in dem der Sieg dem Westen dank seinen unermeßlichen Hilfskräften von vornherein sicher sei. Und die Vertreter dieser *Druck- und Drohpolitik* nehmen denn auch für sich in Anspruch, daß die wachsende Überlegenheit und unbeugsame Entschlossenheit der Westmächte die Russen bereits zu wichtigen Zugeständnissen genötigt habe. Der britische Außenminister Eden zum Beispiel meinte am 5. April, die jüngsten sowjetrussischen Vorschläge für die Neugestaltung Deutschlands seien auf die zunehmende militärische Stärke des Westens zurückzuführen, so daß die Politik der Atlantikmächte durch die Ereignisse vollauf gerechtfertigt erscheine. Erst recht zieht man in Washington aus der Wendung der russischen Deutschlandpolitik den Schluß, «daß die freie Welt ihren Kurs nur weiterzuverfolgen habe, um schließlich den Kreml zu den gewünschten Konzessionen zu bewegen» («Neue Zürcher Zeitung», Nummer 776). Daß auch Herr Adenauer, der Kanzler der Westdeutschen Republik, überzeugt ist, man müsse nur «immer feste druff» schlagen, um die Russen zu Paaren zu treiben, Ostdeutschland wieder für den Westen zu gewinnen, die an Polen und die Sowjetunion verlorenen Provinzen zurückzuholen und Europa bis an den Ural neuzuordnen, versteht sich von selbst.

Die Gründe, die für die Behauptung von der Aggressivität der Sowjetpolitik sprechen sollen, hören wir alle Tage von Presse, Radio und Literatur in allen Abwandlungen vorgebracht. Man gräbt Stellen aus Lenins und Stalins Schriften aus, die den Kommunismus angeblich als eroberungssüchtigen Weltrevolutionarismus enthüllen. Man verweist

uns auf die Förderung umstürzlerischer Bewegungen in zahlreichen Ländern durch die Sowjetunion oder die Kommunistische Internationale. Man stellt die Sowjetpolitik als die Fortsetzung des imperialistisch-panslawistischen Ausdehnungsstrebens des russischen Zarismus hin. Man sieht insbesondere in der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – wie erklärt wird – immer höher gesteigerten Militärrüstung der Sowjetunion, in der planmäßigen Ausdehnung ihres Herrschaftsbereichs auf die Rußland vorgelagerten Randstaaten, in der Ablehnung der westmächtlichen Wirtschafts- und Friedenspläne durch Moskau, in den teils verschlagenen, teils rücksichtslosen, ja brutalen Methoden der Sowjetdiplomatie vermeinlich untrügliche Beweise für ihre Absicht, die Welt nicht zur Ruhe kommen zu lassen, alle Einigungs- und Stabilisierungsbemühungen der nichtkommunistischen Staaten zu durchkreuzen und so den Boden für eine bewaffnete Überflutung des Westens durch die «roten Horden» vorzubereiten.

Russischer Angriffswille? An diesen und ähnlichen Behauptungen mag im einzelnen dies oder jenes ganz richtig sein. Ihr Hauptziel verfehlen sie gleichwohl vollständig: die Leistung eines vernünftigen Nachweises, daß der «demokratische» Westen durch die sowjetische Militärmacht in seinen Lebensgrundlagen bedroht sei und sich daher durch *noch* stärkere Gegenrüstungen vor einer Erdrückung durch den kommunistischen Ostblock schützen müsse. Zunächst wird die tatsächliche Stärke der Roten Armee, namentlich soweit sie für einen Angriff auf Westeuropa und Amerika verfügbar wäre, meistens weit übertrieben. Wenn es stimmt (was von russischer Seite übrigens bestritten wird), daß die Sowjetunion nach Kriegsende nicht abgerüstet habe, so stimmt es auch, daß die Vereinigten Staaten mit ihren Atombomben und ihrer Kriegsflotte – der größten der Welt – damals Machtmittel in der Hand behielten, die denjenigen der sowjetischen Landarmee mindestens ebenbürtig waren. Und in den darauffolgenden Jahren verschob sich das militärische Kräfteverhältnis in der Welt auf jeden Fall mehr und mehr zugunsten des Westens. Der Wirtschaftsüberblick der Marshall-Plan-Verwaltung für 1950 (E. C. E. Economic Survey of Europe) stellt beispielsweise fest, daß die Sowjetunion für das Jahr 1951 Militärausgaben budgetiert hat, die je Kopf der Bevölkerung nur die Hälfte bis fünf Achtel der entsprechenden Ausgaben Großbritanniens und etwa zwei Drittel derjenigen der Vereinigten Staaten betrugen. Und wie Professor Maurice Dobb (Cambridge) im «New Statesman» (5. April 1952) hervorhebt, erzeigten die Militäraufwendungen der Sowjetunion erst im Jahre 1951 eine wesentliche Erhöhung gegenüber der Zeit vor 1941; bis und mit 1949 wiesen sie sogar tatsächlich sinkende Tendenz auf. Von solchen Feststellungen nimmt man freilich bei uns so gut wie keine Kenntnis, passen sie doch nicht zu dem Bild einer Sowjetunion, die sich schon längst bis an die Zähne bewaffne, um die verhältnismäßig un-

gerüsteten westlichen Nationen, die sie durch täuschende Friedensmanöver einschläfern wolle, im gegebenen Augenblick ruchlos zu überfallen.

Aber auch abgesehen von der verhältnismäßigen militärischen Stärke der Ostblockstaaten und der Westmächte, abgesehen auch von der Tatsache, daß über einen allfälligen Anfangserfolg hinaus der Sowjetblock schon aus *wirtschaftlichen* Gründen unfähig wäre, einen modernen Totalkrieg gegen die Westmächte, mit Amerikas Riesenkräften im Hintergrund, zu führen: Ist die Sowjetpolitik überhaupt *grundsätzlich* auf militärische Eroberungen aus? Den mancherlei Zeugnissen, die ich früher an dieser Stelle gegen eine solche Annahme beigebracht habe, möchte ich heute zwei weitere beifügen, die, weil von Vertretern eines freiheitlichen Sozialismus stammend, nicht so einfach unter den Tisch zu wischen sind. Aneurin *Bevan*, der Führer der (höchst manierlichen) Linksopposition innerhalb der britischen Labourpartei, fragt in seinem kürzlich erschienenen Buch «In place of fear» («Anstatt der Furcht»):

«Wenn sie (die Sowjetunion) in erster Linie auf militärische Aktionen abstellt, warum hat sie nicht schon früher dazu gegriffen? ... Warum hat Rußland gewartet, bis die Westmächte immer stärker wurden? Es liegt keinerlei Beweismaterial dafür vor, daß die Sowjetunion eine Kraftprobe will. Natürlich kann sie dennoch in eine solche hineinschliddern. Aber für eine Diktatur ist es leichter, sich aus einer derartigen Lage herauszuwinden als für eine Demokratie. Eine Diktatur hat keine öffentliche Meinung zufriedenzustellen.» (Wozu ich ein Fragezeichen setzen muß! H. K.)

Bevan ist überzeugt, daß die Sowjetunion keine Aussicht hat, aus einem neuen Weltkrieg als Siegerin hervorzugehen, schon weil sie wirtschaftlich dem Westblock weit unterlegen ist. «Eine Stahlproduktion von 30 Millionen Tonnen im Jahr, wie sie erst neuerdings erreicht worden ist – wenn es überhaupt der Fall ist –, die eine Bevölkerung von mehr als 200 Millionen versorgen soll, liefert keine Grundlage für Blitzkriegsmethoden ... Die Alliierten verfügen über eine jährliche Stahlproduktion von 128 Millionen Tonnen und können ihren Ausstoß bis auf 180 Millionen steigern.»

Die andere Äußerung zu diesem Gegenstand findet sich in dem von mir schon früher angeführten Werk des Oxforder Professors G. D. H. *Cole* über die Probleme der Nachkriegszeit («The intelligent man's guide to the post-war world»), wo wir unter anderem lesen (Seiten 795/796):

«Angesichts der großen Verluste, die sie während des Krieges erlitten hat, und der langen Zeit, die für eine vollständige Erholung nötig ist, hat die Sowjetunion offenkundig ein so starkes Interesse wie nur je an der Vermeidung eines Krieges, und es ist phantastisch, zu argwöhnen, die Sowjetführer hegten militärische Angriffsabsichten. Soweit die Sowjetpolitik auf machtpolitischer Grundlage beruht, ist sie auf Verteidigung, nicht auf Kriegserregung ausgerichtet. Die Sowjetführer haben immer noch Angst vor einem Krieg, der gegen sie entfesselt werde ... Sie haben nicht vergessen, wie sehr Hitler vor 1939 von den Westmächten ermutigt wurde, seine Armeen gegen Rußland zu werfen und sich mit Westeuropa zu verständigen, und sie betrachten Großbritannien, trotz dem Wechsel seiner Regierung, immer noch als eine Macht, die zusammen mit den Vereinigten Staaten Pläne für eine gemeinsame kapitalistische Unternehmung zur Vernichtung des Kommunismus als einer Weltkraft schmieden könne.

Dieser Verdacht sieht oft wie Angriffswille aus, weil er Ausdruck in einer Politik findet, die auf die möglichste Abtrennung der osteuropäischen Länder vom Westen und ihren möglichst festen Anschluß an die Sowjetunion ausgeht, weil er zum Widerstand der Sowjets gegen wirkliche oder vermeintliche ‚imperialistische' Absichten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im östlichen Mittelmeer und in Asien führt und auch, weil er die Sowjetunion veranlaßt, allen Bemühungen, Westeuropa enger zusammenzuschließen, entgegenzuarbeiten, unter dem Eindruck, daß dies eine Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit sei.»

Professor Cole erwähnt weiterhin die (namentlich von unseren Sozialdemokraten verbreitete) Behauptung, die Sowjetunion sei tatsächlich überhaupt kein sozialistischer Staat mehr und betreibe jetzt, wie Hitlerdeutschland, einfach eine Politik militärischer Machterweiterung. «Diese Ansicht», so sagt er, «erscheint mir als völliger Unsinn ... Ich vermag keinen Beweis dafür zu sehen, daß die Sowjetführer irgendwie aufgehört hätten, Sozialisten zu sein oder das sozialistische Ideal in der Form zu erstreben, in der sie es von Anfang an vertreten haben. Die Weltherrschaft, auf die sie ausgehen, soll nicht der Sowjetunion die übrige Welt unterwerfen; sie ist der Sieg der sozialistischen Revolution, wie sie diese verstehen ... Sie handeln rücksichtslos im Geist dieser (der marxistischen) Weltanschauung und haben gute marxistische Gründe für alles, was sie unternehmen. Die Sozialisten, die dies bestreiten und erklären, sie sähen die Sowjetführer als Verräter am Sozialismus an, bestreiten tatsächlich, daß der Marxismus Sozialismus ist – und das heißt, daß sie den Marxismus ablehnen, wenn sie ihn, mit wirklicher Macht ausgestattet, in die Tat umgesetzt sehen.»

Die wirkliche Gefahr Auf den grundlegenden Unterschied zwischen dem Streben nach Ausdehnung des Sozialismus über die ganze Erde hin – und zwar vor allem als Folge des Versagens des Kapitalismus – und militärisch-imperialistischem Ausdehnungsstreben macht auch der amerikanische Finanz- und Industriemagnat Corliss *Lamont*, ein freilich aus der Art geschlagener Sproß der wohlbekannten Unternehmerfamilie Lamont, in einem demnächst erscheinenden Buch aufmerksam, aus dem die Neuyorker sozialistische «Monthly Review» (März 1952) ein Kapitel abdruckt:

«Die Gefahr eines ‚Sowjetangriffs' muß von dem Streben kommunistischer Bewegungen in diesem oder jenem Land unterschieden werden, unter Ausnützung rückständiger wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse zur Macht zu kommen. Die westliche Propaganda hat unlogischerweise diese beiden vermeintlichen Gefahren gleichzusetzen gesucht und jede entschlossene kommunistische Aktion politischer Art, die irgendwo unternommen wurde, als Beispiel und Wirkung sowjetischen Angriffswillens gebrandmarkt ... In der ganzen neueren Zeit haben verschiedenerlei revolutionäre Regierungen, hochorganisierte Religionen und ketzerische Weltanschauungen ihr möglichstes getan, um ihre besondere Botschaft über die ganze Welt auszubreiten. Die Amerikaner und die amerikanische Republik haben von Anfang an eine tätige weltliche Missionsarbeit betrieben. Kein anderer als Präsident Thomas Jefferson hat gesagt: ‚Wir handeln auch keineswegs nur für uns allein, sondern für das ganze Menschengeschlecht.'

... Mit der bemerkenswerten Entwicklung der Verkehrstechnik im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts haben sich die Möglichkeiten für eine wirksame internationale Propaganda natürlich stark vermehrt. Sowjetrußland hat sich diese Möglichkeiten zunutze gemacht, um die Sache des Weltsozialismus zu fördern, aber das haben auch die Vereinigten Staaten zugunsten des ‚freien Unternehmertums' getan.»

Solange die Anhänger des Sozialismus einerseits, diejenigen des «freien Unternehmertums» – das man Kapitalismus zu heißen gewohnt ist – anderseits von der Güte und Sieghaftigkeit ihres Systems überzeugt sind, kann dessen Propagierung, mag sie auch nicht immer in geschmackvollen Formen geschehen, wenig Schaden anrichten. Entscheidend werden ja schließlich immer die *Ergebnisse* der beiden konkurrierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sein, ihre Erfolge und ihre Mißerfolge, die lauter sprechen als alle Propaganda. Anders wird es, wenn der eine Teil *nicht* mehr glaubt, auf dem Wege freien Wettbewerbes sein System zum Sieg führen zu können. Dann wird er versuchen, das Gegensystem mit *Gewaltmitteln* zu erdrücken und seiner eigenen Wirtschafts- und Lebensform durch die hergebrachten Methoden internationaler Machtpolitik das Weiterleben zu sichern. Genau in dieser Lage befindet sich der Weltkapitalismus, dessen Vormacht die Vereinigten Staaten von Amerika geworden sind. Militärisch so stark zu werden, daß sie der Sowjetunion und ihren Partnern, eingeschlossen China, ihre Bedingungen für die Aufrichtung einer neuen Weltordnung *diktieren* können – das ist jetzt Kern und Stern der Politik der Westmächte, soweit sie von den Vereinigten Staaten bestimmt wird. Und da man das im Zeitalter der «offenen Diplomatie» und der formalen Demokratie den Völkern doch nicht so unverhüllt heraussagen kann, so muß man sie eben durch einen ungeheuren Propagandaapparat zu überzeugen suchen, daß der «freie» Westen in höchster Gefahr stehe, ein Opfer des kommunistischen Herrschaftsstrebens zu werden, einer Gefahr, die nur zu bannen sei, wenn die demokratische Welt ihrerseits uneinnehmbare Machtpositionen aufbaue, von denen aus sie mit dem Sowjetblock erst erfolgreich «verhandeln» könne. Bis dahin aber sei alles Verhandeln sinnlos, ja lebensbedrohend, käme es doch nur einer Förderung der sowjetischen «Friedensmanöver» gleich, die den Zusammenschluß des Westens zu einer unüberwindlichen Abwehrgemeinschaft zu hintertreiben suchten.

Auch Aneurin Bevan, der im übrigen die russische «Friedensoffensive» als zynischen Schwindel erklärt, setzt die Ablenkung der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus von der sozialen und ideologischen Konkurrenz auf das militärische Kampffeld gebührend ins Licht. Nachdem er die Gründe, die gegen eine Politik militärischer Aggression seitens der Sowjetunion sprechen, dargelegt hat, fährt er fort:

«Man muß in unserer Zeit offen herausreden. Warum machen diese Gründe, die so einleuchtend sind, auf die meisten Berater der amerikanischen Regierung oder auch auf die europäischen Konservativen (und Sozialdemokraten! H. K.), die britischen eingeschlossen, so wenig Eindruck? Einfach darum, weil es leichter ist, der Sowjetgefahr

mit militärischen als mit sozialen und wirtschaftlichen Mitteln entgegenzutreten.» «Wenn die Vereinigten Staaten überzeugt bleiben, daß die Hauptgefahr für den Frieden der militärische Angriffswille des Sowjetblocks ist, dann werden gewisse Elemente im amerikanischen Volk eine Kraftprobe mit den Russen wollen, und die Kriegsgefahr wird unmittelbar vor uns stehen. Verhandlung durch Ultimaten ist der kürzeste Weg zum Krieg. In einer solchen Atmosphäre werden, wie als sicher angenommen werden darf, wirtschaftliche und finanzielle Druckaktionen die diplomatische Lage weiter verschlechtern. Denn in der Kriegsmaschine ist schon so viel Kapital angelegt, daß die Furcht vor einer allgemeinen Deflation und vor Bankerotten und Arbeitslosigkeit als ihren Folgen uns entweder zu militärischem Losschlagen oder aber zur Fortsetzung der Rüstungsproduktion in katastrophalem Umfang treiben werden.» («In place of fear», Seiten 124 und 145.)

Diese amerikanische Politik des «Containment», der gewaltmäßigen Eindämmung und Zerschlagung der revolutionären Weltbewegung, wie sie im Kommunismus verkörpert ist, *das* ist die wirkliche Gefahr, die über der Menschheit, namentlich der europäischen Menschheit, schwebt. An die Stelle der organisierten Friedenssicherung ist in den letzten Jahren mehr und mehr die organisierte Kriegsvorbereitung getreten, sei es auch nur in dem Sinn, daß der Gegner durch die bloße *Drohung* mit Krieg zur Unterwerfung gezwungen werden soll. An die Stelle der Vereinten Nationen, die auf dem Grundsatz der kompromißmäßigen Verständigung der Großmächte aufgebaut war, ist mehr und mehr die *Atlantikpaktorganisation* (North Atlantic Treaty Organization, NATO) getreten, die nicht zum Verhandeln, sondern zum Diktieren und Erzwingen bestimmt ist. Mit an sich erfreulicher Offenheit sprach das eine Genfer Meldung der Neuyorker «Times» vom 9. März dieses Jahres aus: «In Paris, nahe bei General Eisenhowers Hauptquartier eingerichtet, wird das ständige internationale Sekretariat der NATO ganz von selbst in bezug auf Ansehen und auf Anziehungskraft für strebsame Beamte die älteren und müderen internationalen Organisationen verdrängen, die von früheren Bemühungen um Zusammenarbeit für eine gemeinsame Sache noch übrig geblieben sind.» Und ebenso freimütig schrieb die amerikanische Finanzzeitschrift «Baron's» am 3. März: «Als führende Kraft des freien Unternehmertums und Hauptquelle der physischen Stärke der NATO haben die Vereinigten Staaten moralisch und materiell allen Grund, den Löwenanteil an der Leitung ihrer Politik zu übernehmen.» Alvarez del Vayo, der diese Äußerungen in «The Nation» kommentiert, warnt eindringlich vor einer Weiterführung dieser Linie, vor einer Wiederholung jener verhängnisvollen Politik, die – aus Feindseligkeit gegen die Sowjetunion, wie wir wissen – seinerzeit zum Zusammenbruch des Völkerbundes und zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs geführt habe. «Vom Augenblick ihrer Geburt an», so schreibt er (22. März 1952),

«war die NATO eine gefährliche Konkurrentin der UNO ... Der Geist des Atlantikpakts war von Anfang an unvereinbar mit dem Geiste der Vereinten Nationen. In dem Maße, als sich die internationale Lage verschlechterte und die NATO schicksalhaft auf ein wiederaufgerüstetes Deutschland als eine ihrer Hauptstützen angewiesen schien, wurden die beiden Organisationen unvermeidlicherweise die Sinnbilder zweier ent-

gegengesetzter politischer Methoden. Das Ziel der UNO war immer noch, die Streitfragen zu lösen, welche die beiden Blöcke trennten; dasjenige der NATO war, eine Waffe zu schmieden, die eingesetzt werden könnte, wenn die UNO zusammenbrechen sollte.»

Wobei es klar ist, daß der Zusammenbruch der UNO kommen *muß*, wenn der Geist der NATO endgültig triumphiert.

Wahnsinn mit Methode Die ganze Politik, welche die Westmächte seit Jahr und Tag gegenüber dem Ostblock betreiben, kann tatsächlich nur in einer Katastrophe enden, sofern sie nicht bald radikal umgekehrt wird. Weit entfernt, dem Kommunismus den Weg zu versperren, ebnet sie ihm vielmehr auf die wirksamste Weise den Boden. Um nur an die immer deutlicher hervortretenden materiellen Folgen der militärischen Aufrüstung zu erinnern, so stellt der Überblick der Wirtschaftsabteilung der UNO über die Lage in Europa für 1951 (Genf, Januar 1952) nüchtern fest:

«Die Wehrausgaben in den führenden Industrieländern Ost- und Westeuropas, in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten werden wahrscheinlich bald eine Höhe erreichen, auf der sie zusammen dem gesamten Volkseinkommen aller unterentwickelten Länder gleichkommen oder es noch übersteigen und etwa zwanzigmal größer sind als die Kapitalanlagen, die aus den eigenen inländischen Spargeldern dieser Länder finanziert werden. Die Wirkung dieser Ausgaben wird wahrscheinlich sein, daß die Produktionskraft der Industriewirtschaften, besonders in der Metall- und Maschinenindustrie, wesentlich gesteigert wird, während gleichzeitig die Pläne für eine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung anderwärts zurückgestellt werden. (Und die wirtschaftliche Förderung der unterentwickelten Länder ist ja gerade eine Hauptbedingung für die *wirkliche* Eindämmung des Kommunismus und die Sicherung des Friedens in der Welt! H. K.)

... Die Nachkriegsentwicklung der Handelsbedingungen in Europa hat ein Wirtschaftssystem getroffen, das infolge von zwei Kriegen und der Inflation finanziell bereits schwach genug war; in der verschärften Konkurrenz um Rohstoffe war Europa schon von Anfang an in einer ungünstigen Lage... Es geschieht nur wenig, um das Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft wiederherzustellen, und mit der wichtigen Ausnahme der Stahlproduktion scheint es, daß die Kapitalanlagen für die Erhöhung der Förderung von Rohstoffen in Westeuropa selbst oder in den überseeischen Urproduktionsländern nicht ausreichen, um die Grundlagen für einen weitern industriellen Fortschritt zu stärken.»

Die neuere Entwicklung der Textilindustrie in England und die wachsende Arbeitslosigkeit in gewissen ihrer Kerngebiete bestätigt diese Vermutung nur allzu drastisch. Was aber die *politischen* Folgen der Aufrüstungspolitik des Westens anbelangt, so drohen sie erst recht katastrophal zu werden. Es ist insbesondere die forcierte *Wiederaufrüstung Westdeutschlands*, die – als logische Krönung der Atlantikpaktpolitik – die schwersten Gefahren in sich birgt, wie wir in unseren Lagebetrachtungen ja immer wieder zu zeigen versuchten. Die in Brüssel und Lissabon durchgedrückte Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten *mußte* ja die Sowjetunion davon überzeugen, daß die Westmächte endgültig darauf verzichtet haben, die deutsche Frage auf dem Wege der Verstän-

digung mit dem Osten zu lösen. Darum ihr Versuch, den Deutschen ihrerseits zu einer Aufrüstung zu verhelfen, die für den Ostblock weniger gefährlich wäre als die Aufrüstung Deutschlands, wie sie die Westmächte im Rahmen der Atlantikorganisation jetzt zu verwirklichen im Begriffe sind. Nicht daß die Russen, Polen und Tschechoslowaken blind für die Gefahren wären, die ihnen aus der Aufrüstung eines vom Westen unabhängigen Deutschlands erwachsen müßten. Aber sie sind dennoch überzeugt, daß eine deutsche Armee, die nur so groß wäre, daß sie – wie etwa unsere schweizerische Armee – die Verteidigung der Neutralität Deutschlands übernehmen könnte, eine viel weniger unmittelbare und schwere Bedrohung der Oststaaten darstellen würde als eine deutsche Wehrmacht, die ein Werkzeug der westmächtlichen Druck- und Drohpolitik gegenüber dem Osten wäre. Ich habe bereits in der letzten Weltrundschau gesagt, daß ich, bei allem Verständnis für die Zwangslage der Sowjetunion, jedes Zugeständnis an den deutschen Rüstungswillen für gänzlich verfehlt halte. Das ändert indessen nichts daran, daß die Weigerung der Westmächte – die hier wiederum dem amerikanischen Druck erlegen sind –, auf ernstgemeinte Verhandlungen mit den Russen einzutreten, womöglich noch verhängnisvoller ist. Denn die diversen Noten, die jetzt zwischen Washington, London und Paris einerseits, Moskau anderseits ausgetauscht werden, sind ja doch nur Versuche, in mehr oder weniger diplomatischer Weise die Tatsache zu verschleiern, daß man hüben wie drüben nicht mehr an eine Verständigung glaubt und sich immer bewußter auf eine offene Kraftprobe einrichtet. Die Westmächte, lebhaft unterstützt von der Regierung Adenauer, sind trotz allen Versicherungen des Gegenteils nicht einmal mehr ehrlich bereit, gesamtdeutsche Wahlen vornehmen zu lassen, die einer Wiedervereinigung der getrennten Hälften Deutschlands den Weg zu bereiten hätten[2]. Sie beginnen sich immer stärker davon Rechenschaft zu geben, daß solche Wahlen unter den gegenwärtigen Umständen auf die Länge nicht ihre eigenen, sondern die Pläne der Sowjetunion befördern würden. Walter Lippmann nannte die Dinge beim rechten Namen, als er (vgl. «Volksrecht», 16. April 1952) festellte,

«1. daß der amerikanische Einfluß in Westdeutschland sich ausschließlich auf die Adenauer-Regierung stützt, 2. daß diese Regierung ihrerseits in erster Linie von den katholischen und konservativen Stimmen des Rheinlandes abhängt, 3. daß diese Stimmen bei gesamtdeutschen

[2] Das gilt auch von der letzten nach Moskau geschickten Note der Westmächte, die scheinbar den Weg zu gesamtdeutschen Wahlen zu klären sucht, gleichzeitig aber nur allzu deutlich erkennen läßt, daß solche Wahlen nur eine Etappe auf dem Weg zum Anschluß ganz Deutschlands an die Westallianz und zu einer Ausdehnung dieses Deutschlands über die Oder-Neiße,Grenze hinaus sein soll. Glaubt jemand im Ernst, daß die Sowjetunion unter solchen Umständen auf gesamtdeutsche Wahlen eintreten könne? Die Westmächte würden es in ähnlicher Lage sicher nicht tun. Wenn dann aber Moskau ablehnt, wird man das im Westen ebenso sicher als neuen Beweis des bösen Willens der Sowjetführer erklären! (22. Mai)

Wahlen gegenüber protestantischen und sozialistischen Stimmen eine Minderheit darstellen, und 4. gesamtdeutsche Wahlen daher dem amerikanischen Einfluß in Deutschland den Boden unter den Füßen wegziehen würden.»

Die Vereinigten Staaten setzen deshalb nun erst recht alles auf die eine Karte der westdeutschen Wiederaufrüstung, unter bewußtem Verzicht auf ein geeinigtes Deutschland, das auf dem *Verhandlungsweg* zu schaffen wäre. Und das heißt, daß sie den neudeutschen Militarismus und Nationalismus in ähnlicher Weise gegen die Sowjetunion und ihre Gefolgsstaaten zu entfesseln bereit sind, wie die Westmächte seinerzeit den deutschen Nazismus hochgezüchtet und ermutigt haben, um ihn zum Rammbock gegen das kommunistische Rußland zu machen. Wird die *Sowjetunion* dieser Entwicklung tatenlos zuschauen? Die Wahrscheinlichkeit ist gering. Vergegenwärtige man sich doch die groteske Lage, in die Moskau durch die Politik Washingtons gedrängt worden ist. Dorothy Thompson kennzeichnet sie mit wohlangebrachter Ironie, wenn sie in einem kanadischen Blatt («Globe and Mail», 21. Januar 1952) schreibt:

«Im gegenwärtigen Konflikt sagt der eine der beiden Gegner zum andern so öffentlich wie nur möglich: Ich bin noch nicht gerüstet, um deinen Angriff abzuwehren. Vor Jahresende werde ich stärker sein. Im Jahr 1953 werde ich noch stärker sein. Im Jahr 1954 werde ich eine deutsche Armee mobilisiert haben, die mit einer machtvollen Luftwaffe ausgestattet sein wird. Wenn du uns dann angreifst, wirst du vernichtet werden. Warte also mit deinem Angriff, bis der Angriff nicht mehr glücken kann – dann werden wir Frieden miteinander machen!»

Im Ernst gesprochen: Die Wiederaufrüstung Westdeutschlands durch Amerika und seine Verbündeten ist geradezu eine Aufforderung an die Russen, sich gegen die ihnen zugedachte Zerschlagung ihrer Machtstellung mit Waffengewalt zu wehren, solange sie noch eine, wenn auch ganz geringfügige, Aussicht haben, ihrer Niederwerfung zu entgehen. Die Russen haben bisher bewiesen, daß sie überall zurückweichen, wo die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes mit den Westmächten, besonders mit Amerika, droht. Sie werden gewiß auch fernerhin in Streitfragen, die nicht unbedingt erstrangig sind, zu Kompromissen und Opfern bereit sein. Steht aber einmal das Leben und die Unabhängigkeit ihres Staatswesens und die Fortführung der sozialistischen Revolution im Sowjetland selbst auf dem Spiel, dann mögen sie auch die Entschlossenheit zu einem *kriegerischen* Widerstand gegen einen Druck finden, dem sie nur um den Preis einer eigentlichen Kapitulation vor dem imperialistischen und gegenrevolutionären Westen nachgeben könnten. Und dann wäre das Ergebnis des Zusammenpralls der beiden Machtblöcke sicherlich nicht dasjenige, das die Redaktoren und Mitarbeiter des berüchtigten Kriegsheftes von «Collier's» in ihrem unverantwortlichen Leichtsinn vorwegnehmen zu können glaubten – nicht die «Befreiung der Ostvölker von der bolschewistischen Tyrannei», sondern auf den Trümmern eines «koreanisierten» Europas eine allgemeine Barbarei und Tyrannei, wie wir sie uns heute wohl überhaupt noch nicht vorzustellen vermögen!

Was soll geschehen? Wir sind weit von jeglichem Pessimismus und Fatalismus entfernt, der den kriegerischen Zusammenstoß der beiden hochgerüsteten Mächtegruppen als unvermeidlich anzunehmen bereit wäre. Aber davor wollen wir die Augen doch nicht verschließen, daß die sozusagen naturhafte – oder besser dämonische – Eigengesetzlichkeit, die den Kriegsrüstungen und den hinter ihnen stehenden Erdgeistkräften innewohnt, nur dann gebrochen werden kann, wenn ihnen eine überlegene, aus der Höhe stammende Geisteskraft gegenübertritt und Macht über die Völker gewinnt. Das tönt für manchen vielleicht wirklichkeitsfremd und verschwommen. Tatsächlich ist es aber für uns die einzige Realpolitik, der wir diese Bezeichnung zuerkennen. Denn die geistige Haltung, die wir meinen, muß sich ja dauernd in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aktionen ausdrükken, die auf die Überwindung der Kriegsmächte und die Begründung einer wahrhaften Friedensordnung gerichtet sind. Welcher Art können und sollen diese Aktionen in der heutigen Lage sein?

Wir denken zunächst an eine Verstärkung und Ausbreitung des Widerstandes gegen die *deutsche Aufrüstung*. An der Art und Weise, wie die deutsche Frage gelöst oder nicht gelöst wird, entscheidet sich ja weithin das Schicksal ganz Europas. Und unsere feste Überzeugung bleibt, daß die dauernde *Entmilitarisierung* und *Neutralisierung* Deutschlands die Voraussetzung für eine Abrüstung und Neutralisierung ganz Westeuropas ist. Die Westmächte wollen zwar von einer Neutralisierung Deutschlands durchaus nichts wissen und verfolgen beharrlich ihren Plan, zuerst einmal die Bonner Republik ihrem Militärsystem anzuschließen und dann auch Ostdeutschland zu sich herüberzuziehen. Jede gesamtdeutsche Regierung, so sagen sie, müsse die Freiheit haben, außenpolitische Bindungen einzugehen, die sich mit den Zielen der Vereinten Nationen vereinbaren ließen, wobei die Meinung natürlich die ist, daß diesen Zielen einzig die Eingliederung in den atlantischen Block entspreche. Aber die im Radio gemachten Erklärungen Adenauers, wonach in der Wahlfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands auch die Möglichkeit zur Kündigung der jetzt vorbereiteten Verträge mit den Westmächten inbegriffen sein müsse, haben im westlichen Lager neuerdings doch starke Zweifel an der Zuverlässigkeit des deutschen Verbündeten geweckt, dem man vor allem in Frankreich ohnehin nicht über den Weg traut. Der Verdacht wachse, so schrieb der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 922), daß die deutsche Außenpolitik wieder «dynamisch» werde und den Westmächten «unheimliche Überraschungen bereiten» könne. Ein mächtiges Deutschland, dem es freistehen würde, zwischen dem Osten und dem Westen zu wählen, bedeute nach französischer Auffassung «nichts anderes, als daß Frankreich den Zweiten Weltkrieg verloren hat».

Liegt also eine dauernde Entwaffnung und Neutralisierung Deutschlands nicht im ureigensten Interesse der Westmächte selber? Ist es na-

mentlich von *Frankreich* nicht höchst kurzsichtig, die Hand zu einer von den Westmächten «kontrollierten» Aufrüstung Westdeutschlands zu bieten als dem vermeintlich kleineren Übel im Vergleich zu einer Wiedervereinigung der jetzt gesonderten beiden Hälften Deutschlands, vor der es jetzt eine so sinnlose Angst hat? Frankreich hat ja nur von einem *wiederaufgerüsteten* Gesamtdeutschland etwas zu fürchten, nicht aber von einem entmilitarisierten und neutralisierten Deutschland. Und es hat allen Grund, schon eine Wiederaufrüstung bloß Westdeutschlands, komme sie auch in der Form eines einfachen «Beitrags» an die Militärorganisation des Atlantikblockes, zu fürchten, muß es doch gewärtigen, von einem remilitarisierten Westdeutschland in den Revanchekrieg gegen den Sowjetblock hineingezogen zu werden, der ihm die Wiedervereinigung mit dem früheren ostelbischen Deutschland bringen soll.

Eine Wendung der alliierten Deutschlandpolitik setzt freilich eine *Umkehrung des weltpolitischen Kurses der Westmächte überhaupt* voraus. Und das ist es nun in der Tat, was geschehen müßte, damit die Gefahr eines Aufeinanderprallens der beiden Machtblöcke radikal gebannt würde. Was verstehen wir unter einer solchen Umkehr?

In erster und letzter Linie eine derartige Wandlung des *amerikanischen Kapitalismus*, daß er mindestens im internationalen Maßstab nicht mehr gefährlich werden kann und nicht mehr darauf ausgeht, sozialistische und kommunistische Wirtschaftssysteme mit Waffengewalt zu zerstören. Damit ist zugleich gesagt, daß die Bannung der Kriegsgefahr nicht vornehmlich von einer Wandlung des *Sowjetregimes* abhängt. Wir dürfen zwar nicht aufhören, von der Sowjetunion sowohl eine kühne militärische Abrüstung als auch eine gründliche Abkehr von allem politischen und geistigen Terror zu fordern, sind wir doch überzeugt, daß weder Kriegsrüstung noch Terror noch auch die Aufrechterhaltung eines Schutzgürtels von Satellitenstaaten der Sowjetunion wirkliche Sicherheit und Kraft zu geben vermögen. Aber wie die Menschen – und keineswegs nur die russischen Menschen – vorerst nun einmal sind, klammern sie sich eben immer wieder an solche vermeintlichen Schutzeinrichtungen, solange von außen oder innen dem Lande Gefahr droht. Ich halte es deshalb – um diesen bedeutenden sozialistischen Denker nochmals anzuführen – längst mit Professor Cole, der sich in dem früher erwähnten Buch (Seite 1051) zu der Auffassung bekennt, «daß sich die Diktatur in der Sowjetunion in dieser oder jener Form voraussichtlich so lange halten wird, als die Drohung eines neuen Weltkrieges weiterbesteht, und daß demgemäß wenig Aussicht auf ihr Verschwinden ist, solange die Vereinigten Staaten weiterhin die Vormacht des beutemachenden Kapitalismus in der Welt sind. Sobald sich aber die Vereinigten Staaten zu einem stetigeren und gerechteren Gesellschaftssystem wandeln, wird sich auch die Sowjetunion, wie ich vollauf erwarte, wandeln – einem freiheitlicheren und weniger von Furcht erfüllten Regime entgegen.» Geht doch die natürliche Tendenz *jeder* industriellen Zivilisation, also auch der sowjet-

russischen, sowieso auf die Ausbildung demokratischer Staatsformen hin, ohne die eine hochentwickelte moderne Wirtschaft auf die Länge unmöglich gedeihen kann.

Mit der Überwindung des «beutemacherischen Kapitalismus» in Amerika würde auch die Hauptkraft der *antikommunistischen Kreuzzugspropaganda und Panikmacherei* verschwinden, die jetzt die Völker der westlichen Welt so unheilwirkend im Banne hält. Dann würde allen gutgläubigen Menschen völlig klar, was heute unter uns nur eine Minderheit einsieht, daß es nicht der Kommunismus ist, der die große Kriegsgefahr darstellt, sondern die *Furcht* vor dem Kommunismus, weil sie Regierungen, Parlamente und Völker zu Schritten verleitet, die gerade das herbeizuziehen drohen, was sie zu verhindern streben. «Die Furcht vor dem Sowjetkommunismus», so schreibt Bevan sehr richtig, «hat den Vereinigten Staaten und allen, die ihrer Führung folgen, ein verzerrtes Bild von der Weltlage und von den Kräften, die in der modernen Gesellschaft am Werke sind, vermittelt ... Ich sehe freiheitliche Einrichtungen nicht nur als das wünschenswerteste politische System an, das dem Aufblühen des Menschengeistes innerlich am besten entspricht, sondern auch als unentbehrlich für das Gedeihen der modernen industriellen Gesellschaft. Aber diese Einrichtungen sind nicht nur durch die politische Diktatur bedroht. Der Widerstand gegen neue soziale und wirtschaftliche Formen, den private und Gruppeninteressen leisten können und mit dem sie den Glauben der Massen an deren Erneuerungskraft unterwühlen, kann ebenso tödlich sein.» «Die Demokratie wird durch den normalen Betrieb des kapitalistischen Systems wirksamer erstickt als durch die militärische Bedrohung von seiten des Sowjetkommunismus.» (S. 122/123, S. 165.)

Bevan zögert denn auch nicht, die auf der Hand liegende Schlußfolgerung aus dieser Erkenntnis zu ziehen:

«Die wertvollsten Verbündeten der Sowjetunion sind diejenigen gesellschaftlichen Elemente, die soziale Reformen bekämpfen, riskieren sie doch lieber einen Krieg, als daß sie auf Reichtum und Vorrechte in irgendwie größerem Stil verzichten würden ... Ich glaube darum, daß die Wegrichtung, welche die amerikanische Regierung der Welt weist, falsch ist. Sie täuscht sich über das Wesen der Gefahr und verordnet deshalb nicht nur ein falsches Heilmittel, sondern ihr Heilmittel erhöht selber die Gefahr. Das Ausmaß der Aufrüstung, das die Vereinigten Staaten den Demokratien aufzwingen, ist eine Quelle nicht der Stärke, sondern der Schwäche.» «Die Antwort auf die soziale Gärung ist Verbesserung der sozialen Zustände, nicht Bombenflugzeuge und Kanonen.» (S. 124, 135.)

Das sind Wahrheiten, die uns nachgerade zur Selbstverständlichkeit geworden sind und die hier keiner weiteren Unterstreichung mehr bedürfen. Was einzig noch beigefügt werden muß, das ist, daß die tätig-entschlossene Förderung einer radikalen sozialen Neugestaltung der westlichen wie der östlichen Welt die Anerkennung des Kommunismus als einer der Bewegungen verlangt, die diese Neugestaltung herbeizuführen suchen. Wenn uns westlichen, von christlichem und freiheitlichem Ideengut genährten Sozialisten der Geist und die Art, worin sich die kommunistische

Revolution vollzieht, vielfach und tief widerstrebt, so dürfen wir deswegen doch nicht blind für die Tatsache sein, daß in weiten Teilen der Erde der Kommunismus die einzige Form der sozialen Revolution ist, die grundsätzlich abzulehnen wir nur ein Recht hätten, wenn wir, als es noch Zeit dazu war, die Revolution gemäß *unserem* Geist und *unseren* Überlieferungen an die Hand genommen hätten. Weil das nicht der Fall war, sind wir nun eben, sofern wir nicht den konservativen, ja gegenrevolutionären Kräften dienstbar sein wollen, einfach verpflichtet, die kommunistische Weltbewegung und die aus ihr hervorgegangenen Staaten als vorläufig nicht zu ändernde Tatsachen anzuerkennen, ja mit ihnen zusammenzuarbeiten, soweit dies irgendwie möglich ist. Das mag heute noch vielen unter uns als im höchsten Maß anstößige, ja unerträgliche Zumutung erscheinen – und ist doch die unausweichliche Folgerung, zu der jede realistische Wertung des modernen Kommunismus führt. Beherzigen wir auch, was der anglikanische Priester Collins in Nottingham unlängst sagte: «Eine der widerlichsten Erscheinungen der neuen Zeit war die Angst, die ein jeder hat, ein ‚Weggefährte' (‚fellow traveller') der Kommunisten zu sein, wenn er tat, was recht ist. Christus war ein Weggefährte der Huren; warum sollten wir also nicht Weggefährten von Kommunisten sein?»

Utopie! Aber ist das alles, was wir hier als Vorbedingung für die Abwendung der Kriegskatastrophe nennen, nicht ganz einfach kindische Utopie? Soweit die *Vereinigten Staaten* in Betracht kommen, scheint es wirklich so. Die kapitalistischen Erwerbs- und Besitzinteressen sind dort so fest verankert und so eng mit dem ganzen Volksempfinden verbunden – man denke nur an die fast völlig dem herrschenden Regime hörigen Gewerkschaften –, daß ein Sturz oder auch nur eine stärkere Wandlung des «freien Unternehmertums» ohne eine neue, schwere Wirtschaftskrise kaum vorstellbar erscheint. Und die neue Weltmachtstellung der USA ist, auf der Grundlage des bisherigen Riesenerfolgs des amerikanischen Kapitalismus, so gewaltig, so berauschend, so verheißungsträchtig, daß General *Eisenhower*, der immer deutlicher als nächster Präsident der Vereinigten Staaten aus der wüsten Konkurrenz der Wahlkandidaten hervortritt, geradezu berufen scheint, die große Kraftprobe mit dem Weltkommunismus zu organisieren, auf welche die zurzeit einflußreichsten Kräfte in Amerika hindrängen[3]. Wobei wir

---

3 Eisenhowers Meinung über die «richtige» Haltung gegenüber der Sowjetunion geht bedenklich klar aus einer Unterredung hervor, die er mit einem Vertreter von «Paris Match» hatte und die am 27. Oktober 1951 veröffentlicht wurde. Er sagte dabei unter anderem:

«Wenn das Programm für die militärische Aufrüstung der Westmächte vollständig ausgeführt ist, wird ein heikler Augenblick für den Frieden kommen: das Risiko einer Kraftprobe. Ist es aber nicht besser, das Risiko einer stürmischen Kraftprobe in jenem Augenblick auf sich zu nehmen, als das Risiko, das wir laufen würden, wenn wir

freilich nicht übersehen, daß Eisenhower, eben weil er der volkstümlichste militärische Führer der USA ist, vielleicht auch allein imstande wäre, die zum Krieg treibenden Kräfte zu zügeln, so wie General Marshall als Außenminister dem Kriegstreiber McArthur in den Arm gefallen ist.

Wir fragen uns gleichwohl immer wieder, ob es psychologisch und wirtschaftlich überhaupt möglich ist, die auf höchsten Touren laufende ungeheure Kriegsmaschine, die Amerika aufgebaut hat, abzumontieren, ohne die größten Erschütterungen des ganzen Gesellschaftsgebäudes der Vereinigten Staaten zu erzeugen. Im Frühjahr 1953 sollen ja die direkten und indirekten Rüstungsausgaben Amerikas die unerhörte Summe von 65 Milliarden Dollar – das sind rund 50 Prozent aller Bundesausgaben – erreichen. Kann und will das amerikanische Volk dann diese Last weiter tragen, ohne daß seine Regierung den Versuch gemacht hätte, mit Hilfe der Kriegsrüstungen die Weltlage entscheidend zu ihren Gunsten zu wenden? «Die Erfahrung lehrt», so bemerkt Aneurin Bevan in seinem Buch, «daß so etwas nur selten vorkommt ... Unter solchen Umständen liegt die Versuchung nahe, zu einer überstürzten Aktion zu greifen.» Wo sind aber die Kräfte, die einer solchen Abenteuer- und Katastrophenpolitik überlegen wehren könnten?

Private Berichte, die uns aus Amerika zukommen, lauten zwar merkwürdig zuversichtlich in bezug auf das Wirken der Friedens- und Vernunftkräfte, die, durch die Nähe der Gefahr aufgeschreckt, mit fast verzweifelter Leidenschaft gegen den herrschenden Wahnwitz und Terror ankämpfen. Auch Scott Nearing, der im vergangenen Winter eine 15 000-Meilen-Reise quer durch die Vereinigten Staaten gemacht hat, um den Menschen, die er zu erreichen vermochte, die wahre Lage der Welt klarzumachen, spricht in der «Monthly Review» (April 1952) vom Aufkommen einer eigentlichen Kriegswiderstandsbewegung. Wenn sich ihre Anhänger sammeln würden – so glaubt er –, werde man «erstaunt sein über die Größe ihrer Zahl, stolz sein auf ihren Mut und von Bewunderung erfüllt über ihre Entschlossenheit und ihre Fähigkeit, allem Druck standzuhalten». Das gibt uns sicherlich eine große Hoffnung. Dennoch wollen wir nicht einfach auf einen nahen Durchbruch der Friedenskräfte durch die Kriegsfront in Amerika zählen, sondern vor allem unsern eigenen Teil dazu beitragen, daß die Hölle nicht über uns hereinbreche und aus dem bloßen Waffenstillstand, der jetzt zwischen den beiden Mächtelagern herrscht, ein dauernder Friedenszustand werde.

---

untätig blieben und Europa unverteidigt und der Invasion offenstehend bliebe? Wir haben nur die Wahl zwischen diesen beiden Risiken.»
Keine Idee also, daß es auch noch eine dritte Möglichkeit gäbe: Verhandlungen *ohne* höchstgesteigerten militärischen Druck auf den Gegner. Für Eisenhower gibt es nur zweierlei: Entweder überfallen die Russen den Westen oder die Westmächte üben den stärksten Machtdruck auf die Russen aus, die Gefahr eines daraus entspringenden Krieges von vornherein ins Auge fassend.

Europas Elend Wir Westeuropäer haben dazu auch viel mehr Grund als die Amerikaner. Bei einem Zusammenstoß zwischen Ost- und Westblock wären ja vor allem wir es, die vermutlich regelrecht zermalmt würden, während es mindestens den durch zwei Ozeane geschützten Vereinigten Staaten durchaus nicht ans Leben ginge. Aber gerade diese unsere geographische und politische Lage macht es uns – um eine hier schon oft ausgesprochene Wahrheit zu wiederholen – auch möglich, einen solchen Zusammenprall zu *verhindern* – dann nämlich, wenn wir uns zwischen Ost und West, zwischen die Sowjetgruppe und die Vereinigten Staaten, als unabhängige *dritte Kraft* einschieben. Der Wille zur baren Selbsterhaltung zwingt die Völker Westeuropas direkt zu solch neutraler Haltung. Mögen die Vereinigten Staaten und vielleicht auch die Sowjetunion einen dritten Weltkrieg mehr oder weniger heil überleben – Westeuropa wird ihn als Kulturlandschaft nicht überleben. Sich dennoch, als Anhängsel einer der beiden Weltgroßmächte, in einen Kampf auf Leben und Tod hineinzerren zu lassen, hieße für Westeuropa darum einfach Selbstmord. Westeuropa wird – entgegen den unter uns umgehenden leichtfertigen Phrasen – sozusagen *um jeden Preis die Teilnahme an irgend einem neuen Krieg verweigern müssen* und folgerichtig auch die *Vorbereitung* darauf durch Militärrüstungen und «Verteidigungsbündnisse».

Und doch droht Westeuropa durch seine freiwillig-unfreiwillige Abhängigkeit von Amerika immer hoffnungsloser in jene Politik der Rüstungen und Militärallianzen verstrickt zu werden, die es an der ebenso kühl wie entschlossen vorbereiteten «Kraftprobe» zwischen den Vereinigten Staaten und dem Sowjetblock teilnehmen lassen soll. Das gilt nicht bloß von den westeuropäischen Kleinstaaten; es gilt vor allem von den Großmächten England und Frankreich. Daß die jetzige konservative Regierung *Großbritanniens* gesinnungs- und interessenmäßig eng mit dem kapitalistischen Amerika verbunden ist, gehört seit Churchills Fulton-Rede fast zu den politischen Selbstverständlichkeiten. Daß sich aber auch die Labourpartei, obwohl sie nun in der Opposition steht und, wie auch die jüngsten Grafschafts- und Gemeindewahlen zeigen, eine nach «links» drängende Volksmehrheit hinter sich weiß, nicht von der amerikanischen Vormundschaft befreien kann, das ist eine schmerzliche Tragödie. Was der «New Statesman» vor etlicher Zeit (8. März 1952) aussprach, ist nur zu wahr:

«Wenn sich der politische Sozialismus in der Innen- oder Außenpolitik von den Arbeiterinteressen löst, dann ist er auf dem Weg zum Ruin. Die Leistung der Labourpartei war im ganzen gut, und das ist denn auch der Grund, daß England heute verhältnismäßig stark ist. Aber in den letzten Abschnitten ihrer Amtsdauer (erst dann? H. K.) begann die Labourregierung auf Kompromisse mit ihren Grundsätzen einzugehen. Von amerikanischer Wirtschaftshilfe mehr abhängig, als sie es bei einer entschlosseneren Haltung hätte zu sein brauchen, ließ sie sich immer stärker in den amerikanischen Kreuzzug gegen die soziale Revolution in Asien hineinziehen ... Englands Wirtschaftskraft, Englands Unabhängigkeit, ja Englands Demokratie selbst ist durch

die Hörigkeit gegenüber einer Politik gefährdet, die das Gegenteil des Sozialismus ist und schließlich zu Bankerott und Krieg führen muß. Die Leitung der Labourpartei muß wieder Fühlung mit den Arbeitern zu gewinnen suchen ... Jetzt ist sie schon halb auf einen gegenrevolutionären Krieg festgelegt.»

Der Widerstand gegen diese Politik ist zwar in den letzten Monaten erfreulich stark geworden. Bevans Kampf gegen Englands Abhängigkeit vom amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus findet in Partei und Gewerkschaften weitherum Unterstützung, und die Führungs- und Richtungsfrage ist in der Labourbewegung nunmehr doch ganz klar gestellt. Allein Bevan und die anderen «Rebellen» sind eben selber so wenig konsequent, sind – trotz ehrlich radikalem Wollen – noch so stark in der überlieferten Reformideologie befangen und namentlich so sehr von der grundsätzlichen Notwendigkeit einer kräftigen militärischen Rüstung überzeugt, daß ihre Warnungen vor einer bloß *«übertriebenen»* Aufrüstung kaum durchdringen werden und die viel folgerichtigere antikommunistische und proamerikanische Rechte innerhalb der Labourpartei weit größere Aussicht hat, das Ohr der Massen zu gewinnen. Das neue außenpolitische Manifest der Labourführung bewegt sich jedenfalls durchaus in den altgewohnten verhängnisvollen Bahnen, so daß G. D. H. Cole («New Statesman», 26. April) besorgt festzustellen genötigt ist:

«Die Flugschrift scheint sich damit abzufinden, daß es dauernd unmöglich sei, sich mit der Sowjetunion zu verständigen – es sei denn auf Grund einer derartig überwältigenden Machtentfaltung, daß die Sowjetunion zur Kapitulation gezwungen sei ... Die Vorstellung, daß es irgend einen wesentlichen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus gebe, taucht in der ganzen Schrift, von Anfang bis zu Ende, überhaupt nicht auf.»

Ein schlechthin vernichtendes Urteil über eine Partei, die den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat und uns zu lehren beansprucht, wie er *in Wahrheit* verwirklicht werden müsse!

Wenn aber das am grünen Holz geschieht, was soll am dürren werden? Die gegenwärtige Regierung *Frankreichs* ist ja die rückschrittlichste von all den ungezählten Kabinetten, die unser westlicher Nachbar seit Kriegsende gesehen hat – so rückschrittlich, daß sogar die wahrhaftig fast zu allem bereiten Sozialisten in die Opposition gedrängt sind, während anderseits ein Teil von de Gaulles nationalistischer «Sammlungsbewegung» sich hinter Pinay und seine Mannschaft gestellt hat. Kein Wunder, daß Frankreichs Abhängigkeit von Amerika, statt sich zu lokkern, nur immer fester und unwiderruflicher wird, während die Vereinigten Staaten ihrerseits Frankreich kräftig in dem Kampf gegen die Freiheitsbewegung der asiatischen und afrikanischen Völker unterstützen, den es gegenwärtig in Indochina, Tunesien und Marokko führt. Claude Bourdet, der leitende Kopf des Pariser «Observateur», spricht denn auch (21. Februar) von einer eigentlichen *Kolonialvolk-Gesinnung*, die sich in Frankreich festgesetzt habe:

«Die Ähnlichkeit zwischen der überseeischen Kolonisation Europas und der amerikanischen Kolonisation in Europa ist auffallend. Die führende Schicht des kolonisierten Landes nimmt die Gewohnheit an, finanziell vom kolonisierenden Land abhängig zu sein... Ein großer Teil der Bewohner des kolonisierten Landes gewöhnt sich daran, sich in allem auf den Kolonisator zu verlassen: *ihm* kommt es zu, zu zahlen und die Landesverteidigung, ja sogar die öffentliche Ordnung sicherzustellen. Und wenn irgend etwas nicht stimmt, so ist er daran schuld.

...So schwindet jeder Sinn für selbständiges nationales Handeln, und in dem Maß, als sich die Kolonisation einlebt, wird die echte ‚eingeborene' Führungsschicht fortschreitend durch immer unterwürfigere Elemente ersetzt, die sich keine Probleme mehr stellen und unbekümmert ihre untergeordnete, aber einträgliche Stellung ausnützen. Die Entwicklung politischer Gleichgültigkeit ist in einem Kolonialland selbstverständliche Regierungskunst.»

Auch das ein eigentliches Verdammungsurteil über das heutige, so tief gesunkene, mehr und mehr amerikanisierte Frankreich!

Widerstand und Frieden Vom *Deutschland Adenauers* und seiner Amerikahörigkeit – die freilich nur das Mittel sein soll, die Vereinigten Staaten für die «nationalen» Machtziele Alldeutschlands einzuspannen – braucht überhaupt nicht mehr geredet zu werden, so klar enthüllt es jedem, der sehen *will*, seinen Charakter. Und doch zeigt gerade der deutsche Fall, welche realen Möglichkeiten sich einer klaren, entschlossenen Friedensbewegung in unserem kriegsbedrohten Europa bieten. Die westdeutsche Staatsführung kämpft verzweifelt darum, daß der «Generalvertrag», der das alliierte Besetzungsregime ablösen soll, und die Vereinbarung über Westdeutschlands Eingliederung in die atlantische Militärallianz rechtzeitig unter Dach und Fach kommen, damit der amerikanische Senat sie noch vor dem Beginn des eigentlichen Präsidentschaftswahlkampfes im Juli genehmigen könne. Gelingt das nicht – so fürchtet man in Bonn –, dann kann der amerikanische Senat erst im Februar nächsten Jahres dazu Stellung nehmen, und das hieße, daß die deutsche Wiederaufrüstung fast um ein Jahr – um das *«entscheidende»* Jahr – verschoben werden müßte. Das aber gäbe der deutschen Widerstandsbewegung, die überraschenderweise besonders stark in den Gewerkschaften durchgebrochen ist, kostbarste Zeit, um sich auszubreiten und zu vertiefen. Schon jetzt ist, wie eine jüngste, ordentlich zuverlässige Erforschung der öffentlichen Meinung aufs neue erwiesen hat, die Mehrheit des westdeutschen Volkes gegen eine überstürzte Wiederaufrüstung und für die Voranstellung der Bemühungen um eine friedliche Vereinigung mit Ostdeutschland, und beinah die Hälfte aller befragten Westdeutschen hat sich für die Neutralisierung Deutschlands ohne Militärzwangsdienst erklärt. Und da im nächsten Jahr das westdeutsche Parlament neu gewählt werden muß, so besteht gute Aussicht, daß die Verträge mit den Westmächten vom Bundestag überhaupt nicht mehr genehmigt werden, wenn sie nicht in den bevorstehenden paar Wochen, aller Opposition zum Trotz, in der noch zu Adenauer haltenden

Volksvertretung – die diesen Namen längst nicht mehr verdient – durchgezwängt werden können.

Gleichzeitig bekäme die Widerstandsbewegung aber auch in Frankreich und England eine Besinnungs- und Arbeitspause eingeräumt, die, gut ausgenützt, zusammen mit einer Mattsetzung der Adenauer-Regierung die ganze internationale Lage zu verändern vermöchte.

Viel hängt dabei freilich immer wieder von den *Russen* ab, die es weitgehend in der Hand haben, die Entwicklung in Westdeutschland und Westeuropa zum Guten zu beeinflussen. Darf man aber nicht auch hier allerlei Hoffnungen hegen? Die *Moskauer Wirtschaftskonferenz,* die anfangs April stattfand, ist jedenfalls in einem Geist erfreulicher Klugheit und Weitsicht durchgeführt worden. Wie in «Cité Nouvelle», dem Halbmonatsblatt des französischen Christianisme social, ein Konferenzteilnehmer schreibt:

«Während zehn Tagen haben 471 Personen, die 49 verschiedenen Völkern angehören, Träger verschiedenartiger Kulturen sind, unter verschiedenartigen Wirtschaftssystemen leben, sich zu verschiedenartigen Religionen bekennen und verschiedenartigen politischen Auffassungen huldigen, miteinander gelebt und ohne Werbeabsicht Fühlung miteinander hergestellt, wobei sie sich zu verstehen suchten, ohne einander überzeugen zu wollen, und feststellten, daß sie über ihre Verschiedenartigkeit hinaus alle von dem gleichen Streben nach einem gehobeneren Leben und vom gleichen Sehnen nach Frieden zwischen den Völkern erfüllt sind.»

Die greifbaren Ergebnisse der Konferenz sind denn auch durchaus ermutigend, und wenn es auch formell richtig ist, daß die Handelsabmachungen, die in Moskau getroffen wurden, auf dem normalen Geschäftsweg hätten gleichfalls abgeschlossen werden können, so bleibt es doch Tatsache, daß eben erst die persönliche Fühlungnahme, die die Konferenz ermöglichte, und die Überwindung eines gewissen Mißtrauens zwischen östlichen und westlichen Menschen die Atmosphäre schufen, die für die Aufnahme geschäftlicher Beziehungen nötig ist. Muß also nicht das Moskauer Experiment in größerem Stil weitergeführt werden? Kann und muß nicht die Wirtschaft der osteuropäischen und sowjetasiatischen Länder in viel engere Verbindung mit derjenigen Westeuropas gebracht werden? Und darf man nicht erwarten, daß der Geist der Moskauer Wirtschaftskonferenz mehr und mehr auch in die politischen Aktionen der Sowjetunion eindringe?

Wie dem auch sei: Nicht *Beherrschung* Westeuropas durch die eine oder andere Weltgroßmacht und darum auch nicht *Unterordnung* der westeuropäischen Völker unter den einen oder den anderen Machtblock wird uns einen haltbaren Friedenszustand sichern, sondern ein weitherziger, mit den vorerst gegebenen Verhältnissen rechnender *Ausgleich* der Gegensätze und Spannungen. Es wäre ein Unglück sondergleichen, wenn Westeuropa zum Vorwerk des amerikanischen Antikommunismus würde, so wie es auch ein Unglück wäre, wenn es, aus Unfähigkeit, den Weg zu einem freiheitlichen Sozialismus zu finden, sich dem russischen

Kommunismus verschriebe. Der «*dritte* Weg», der zwischen kapitalistischer Gegenrevolution und kommunistischer Gewaltrevolution hindurchführt, bleibt notwendigerweise *unser*, der westeuropäische Weg. Es ist darum ebenso falsch, diesen Weg als zuletzt gleichfalls in die Gegenrevolution einmündend zu erklären, wie es töricht ist, dem Schreibenden zu unterstellen (wie das ein Kritiker getan hat), er wage mit Rücksicht auf seine «persönliche Lage» nicht, sich für die soziale Revolution in ihrer russisch-kommunistischen Gestalt zu entscheiden. Die kommunistische Revolution und Bewegung dort, wo sie infolge des Versagens der Christen und Demokraten Fuß gefaßt hat, als Tatsache anerkennen und mit ihr zusammenarbeiten – gewiß; sie grundsätzlich – weltanschaulich und praktisch-politisch – gutheißen und fördern – unmöglich. Wir müssen zwar sehr mit der Möglichkeit rechnen, daß durch unsere eigene Schuld der Kommunismus auch in altdemokratischen Ländern vorübergehend triumphiert. Aber deswegen von vornherein vor ihm zu kapitulieren und seine Methoden anzunehmen, aus Furcht, als der Gegenrevolution dienend hingestellt zu werden, davon kann so wenig die Rede sein wie davon, daß wir uns *tatsächlich* auf die Seite des sozialen Konservatismus, ja der Gegenrevolution schlagen, um nicht der Vorschubleistung an den Kommunismus geziehen zu werden. Rücksicht auf persönliche Vor- und Nachteile kennen wir in dieser gewaltigen Auseinandersetzung längst nicht mehr, wenn wir sie je gekannt haben. Dafür ist uns die Sache der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens – die Sache der Revolution Christi – viel zu groß und zu heilig. Und wenn wir auch wohl wissen, daß es letztlich der Frieden Gottes und seines Reiches ist, dessen die Völker bedürfen, so würde doch die Verhinderung eines dritten Weltkrieges durch das Aufbrechen überlegener Gerechtigkeits- und Friedenskräfte einen derart mächtigen Teilsieg des Gottesreiches bedeuten, daß wir es für unsere Aufgabe halten, daran soviel beizutragen, als Menschen überhaupt leisten können und müssen, damit Gott wirken kann. Das ist alles, was billigerweise von uns erwartet werden darf. Nicht mehr – aber freilich auch nicht weniger.

12. Mai *Hugo Kramer*

Redaktionelle Bemerkungen

Unsere Leser werden es beachten, daß der «religiöse» Teil ungesucht einem einheitlichen Sinne folgt.

Die beiden Beiträge zum deutschen Problem möchten zum Nachdenken anregen. Die anscheinend durch nichts aufzuhaltende deutsche Remilitarisierung ist deutlich ein Stück des Verhängnisses und Fluches, den die Politik des Antikommunismus der Welt eingebracht hat. Der «Achse